

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Katja Suding, Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Sandra Bubendorfer-Licht, Jens Beeck, Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Matthias Nölke, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Zukunft des dualen Studiums**

Duale Studiengänge erfreuen sich wachsender Beliebtheit bei Studierenden und Betrieben. Mit ihrem Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung vom 24. Oktober 2019 haben die Fraktionen der CDU/CSU und SPD die Bundesregierung aufgefordert, wissenschaftlich untersuchen zu lassen, ob und inwiefern Regelungsbedarf für die dualen Studiengänge besteht. In diesem Zusammenhang soll auch ein „umfassender Überblick („systematic review“) gegeben werden u. a. über die vielfältigen Ausprägungen des dualen Studiums in den Ländern, die Verzahnung der verschiedenen Lernorte und die wirtschaftliche, rechtliche und soziale Stellung der Studierenden“ (vgl. Buchstabe b der Beschlussempfehlung auf Bundestagsdrucksache 19/14431, Seite 16 f.).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie definiert die Bundesregierung den Begriff „dualer Studiengang“ im Kontext der Umsetzung des oben genannten Entschließungsantrags?
2. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Stand des dualen Studiums in Deutschland?
  - a) Wie viele dual Studierende waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren an deutschen Hochschulen immatrikuliert (bitte aufgeteilt nach Semestern, Fachrichtungen, Hochschultyp – Universität, Fachhochschule, Duale Hochschule und sonstige – und Trägerschaft – öffentlich und privat – angeben)?

- b) Wie viele duale Studiengänge existierten nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren in Deutschland (bitte aufgeteilt nach Semestern, Fachrichtungen, Hochschultyp – Universität, Fachhochschule, Duale Hochschule und sonstige – und Trägerschaft – öffentlich und privat – angeben)?
  - c) Wie viele Unternehmen beschäftigten nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit duale Studierende (bitte aufgeteilt nach Ländern und Branchen angeben)?
3. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Entwicklung und das aktuelle Angebot dualer Studiengänge?
4. Welche weitere Entwicklung dualer Studiengänge erwartet die Bundesregierung, und welchen politischen Handlungsbedarf leitet sie daraus ab (bitte begründen)?
5. Versteht die Bundesregierung das duale Studium als Studium im Sinne der Landeshochschulgesetze oder als Ausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (bitte begründen)?
6. Inwiefern unterscheidet sich das duale Studium nach Auffassung der Bundesregierung von der dualen Ausbildung wie sie im Berufsbildungsgesetz verankert ist?
7. Teilt die Bundesregierung die Forderung mancher Verbände nach einer Aufnahme des dualen Studiums in das Berufsbildungsgesetz (bitte begründen)?
  - a) Welche rechtlichen und praktischen Konsequenzen hätte eine solche Aufnahme für die Definition und Ausgestaltung neuer und bisheriger Studiengänge nach Auffassung der Bundesregierung?
  - b) Wie bewertet die Bundesregierung diese Forderung hinsichtlich der im Grundgesetz verankerten Freiheit von Forschung und Lehre und der föderalen Ordnung des Hochschulwesens?
  - c) Welche Alternativen sieht die Bundesregierung?
8. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um den Entschließungsantrag zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung vom 24. Oktober 2019 (vgl. Buchstabe b der Beschlussempfehlung auf Bundestagsdrucksache 19/14431, S. 16 f.), insbesondere Nummer III.1 umzusetzen?
9. Inwiefern sieht die Bundesregierung eine Zuständigkeit des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) für das duale Studium (bitte begründen)?
10. Hat die Bundesregierung zur Umsetzung des Entschließungsantrags bereits das Gespräch gesucht mit Vertreterinnen und Vertretern von
  - a) Arbeitgebern bzw. dualen Partnerunternehmen,
  - b) Gewerkschaften,
  - c) Bildungs- bzw. Wissenschaftsministerien der Länder,
  - d) Fachhochschulen bzw. Hochschulen für Angewandte Wissenschaften,
  - e) Dualen Hochschulen,
  - f) sonstigen Hochschulen,
  - g) Studierendenvertretungen von Fachhochschulen, Dualen Hochschulen oder sonstigen Hochschulen,

h) weiteren Akteuren?

Falls ja, mit wem fanden die Gespräche statt, was waren die Ergebnisse dieser Gespräche, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus (bitte jeweils beantworten)?

Falls nein, warum wurden mit den genannten Vertreterinnen und Vertretern bisher keine Gespräche geführt, und wann sind die Gespräche geplant?

11. Mit welchen Personen wird sich das Gremium zur wissenschaftlichen Untersuchung der bisherigen Entwicklung der dualen Studiengänge zusammensetzen?
12. Inwiefern ist die Perspektive der dualen Hochschulen und dual Studierenden in der Zusammensetzung dieses Gremiums nach Auffassung der Bundesregierung hinreichend repräsentiert (bitte begründen)?
13. Falls es bereits eine Geschäftsordnung, einen Zeitplan oder weitere Vereinbarungen zum weiteren Verfahren des o. g. Gremiums gibt, wie sehen diese aus?
14. Inwiefern wurde der Auftrag des in der Vorbemerkung der Fragesteller genannten Entschließungsantrags (Nummer III.1) durch die Bundesregierung oder weitere beteiligte Akteure inzwischen spezifiziert?
15. Bezieht sich der Auftrag nach Auffassung der Bundesregierung primär auf eine Untersuchung des Regelungsbedarfs dualer Studiengänge oder gleichrangig auch auf Potenziale zur weiteren Flexibilisierung und Unterstützung dualer Studiengänge (bitte erläutern und begründen)?
16. Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung bei der Erarbeitung der Empfehlungen und Schlussfolgerungen für die dualen Studiengänge (bitte nach Monaten angeben)?

Berlin, den 17. Juni 2020

**Christian Lindner und Fraktion**

